

# Der FUNKKE

## TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühren. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 6a. Fernruf: F 7 Jannowitz 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 273 B

BERLIN • Sonntag, den 20. November 1932

1. JAHRGANG

# Nieder mit Hindenburg!

## Nieder mit dem Schützer des Faschismus!

W—er. Vor der Reichspräsidentenwahl in diesem Jahr schrieben wir im „Funke“ anlässlich einer Rundfunkrede Hindenburgs:

„Pflichtgefühl ist zwar notwendig, aber nicht hinreichend für einen politischen Führer — und diese Funktion hat der deutsche Reichspräsident. Es kommt darauf an, was der Betreffende im einzelnen für seine Pflicht hält.

Und hier sind die trennenden Schranken: Hindenburg hält es für seine Pflicht, was Milieu, Tradition, Gewohnheit und ungeklärte Gefühle ihm darüber vermittelt haben. Seine Ideale sind: das deutsche Volk, Gottesfurcht und Manneszucht. Sie . . . bedeuten bei ihm: Der Feind steht draußen; Gott verläßt keinen Deutschen; „wenn Sie anfangen, zu denken, ist's schon verkehrt!“

Diese Ideale, die bei Hindenburg zu Idolen werden, verfolgt er mit der Besessenheit und Kraft eines Luther: Hier stehe ich, ich kann nicht anders, Gott helfe mir. „Die Verantwortung vor meinem Gewissen zwingt mich, auch jetzt auszuharren . . . meine letzte Kraft herzugeben . . .“

Gerade weil Pflichtgefühl ihm wirklich keine Phrase ist, kann von ihm für die wissenschaftlich geklärten Ideale der Freiheit, der Gleichheit und der Brüderlichkeit, des Sozialismus, nichts erwartet werden.“

Die Erfahrung hat uns mit dieser Betrachtung Recht gegeben. Sie hat gezeigt, wie wahnsinnig es ist, bei einem politischen Führer zufrieden zu sein, wenn man merkt, daß er sich von seinem Pflichtgefühl leiten läßt. Es ist deshalb nichts als ein alberner Unfug, in Hindenburg den Mann zu sehen, der der „stärkste Garant“ der Weimarer Verfassung ist. Dank der Geschicklichkeit der Juristen ist er nur noch abhängig vom Artikel 48, der ihm nicht ausdrücklich verbietet, in Deutschland das zu machen, was er für richtig hält. Hindenburgs Gewissen ist also in bezug auf Verfassungsmäßigkeit seiner Handlungen sicher rein. Aber es ist auch sicher rein in bezug auf seine „Ideale“: er hält sicher die Unterstützung seiner Großgrundbesitzerkollegen für richtig, weil er meint, ohne diese Kerle könnte Deutschland nicht existieren; er hält es auch sicher für richtig, die Sozialdemokraten nicht zu Besprechungen einzuladen, obwohl er sich mit Hinz und Kunz und Dingeldey über die Regierungsbildung unterhält — er hält dies alles für richtig, weil er ein im Rahmen seiner Standes- und Klassenvorurteile alt gewordener General mit militärischem Horizont ist, — der deshalb auf einem falschen Platz steht.

Die Parole, die wir an den Kopf dieses Artikels stellen: Nieder mit Hindenburg! bedarf zweier Erläuterungen. Man muß einmal sagen, warum — wenn gegen den Faschismus — gerade gegen Hindenburg? Und man muß zeigen, wie man ihn wegschaffen kann.

Sicher ist Hindenburg nicht der schlechteste Militarist und Bürger. Er ist sogar längst nicht einer von denen, die von der planmäßigen Ausplünderung der Arbeiterschaft am meisten Nutzen ziehen. Wenn wir trotzdem vorschlagen, den proletarischen Angriff auf ihn zu konzentrieren, so deshalb,

weil er für das ganze heutige chaotische Durcheinandergewirbel der kapitalistischen Schandherrschaft geradezu der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht ist,

der Mann des „Vertrauens“ aller jener schwankenden, beutellusternen und schieberischen, aber auch vieler jener anderen, verelendeten, verzweifelten und haltlosen Elemente, die alle zusammen wie gebannt auf diesen Mann starren, der ohne eigenes Verdienst in diese Vertrauensstellung hineinmanövriert worden ist. Ohne eigenes Verdienst, wir sagen dies mit voller Ueberzeugung; denn das, was man Hindenburg nachrühmt, sein Pflichtgefühl, gehört sich für jeden anständigen Menschen und ist nicht besonders verdienstvoll. Was er aber an staatsmännischer und politischer positiver Arbeit geleistet hat, ist derartig unter allem Durchschnitt stehend, daß niemand auch nur die Spur einer Begründung für die Behauptung finden kann, Hindenburg hätte Grund, sich auf seine staatsmännische Tüchtigkeit etwas zuge zu halten: Die beiden Männer seines Vertrauens: Brüning und Papen haben das deutsche Volk, und vor allem die Arbeiterschaft, Schritt für Schritt mit einer geradezu grenzenlosen Nichtachtung aller, auch ihrer elementarsten Interessen in den Dreck hineingeritten. Der nächste Mann seines Vertrauens wird dies höchstwahrscheinlich noch überbieten. Darauf läßt die scheußliche Maulkorbverordnung Hindenburgs schließen, die jede öffentlich-politische

## Hindenburg, Hitler, Göring und Meißner.

Dieses Quartett bemühte sich am Sonnabend etwa eine Stunde lang, die schrillen Dissonanzen, die gelegentlich zwischen ihnen aufgetaucht waren, in Harmonien zu verwandeln. Bevor Hitler zu Hindenburg ging, unterhielt sich Herr Göring mit Herrn Meißner (dem seinerzeitigen Vertrauensmann Friedrich Eberts).

Ueber eine Verständigung zwischen Hindenburg und Hitler ist bisher nichts bekannt geworden, daß sie heute schon erfolgte, sei, nach Ansicht der zuständigen Stellen, auch nicht zu erwarten gewesen, da selbst bei einer Einigung zwischen Hindenburg und Hitler, auch die anderen Parteien wegen ihrer Mitwirkung hätten gefragt werden müssen.

Das Gerücht, Hitler habe zu Gunsten von Schleicher auf den Kanzlerposten verzichtet, wird als gegenstandslos dementiert; nationalsozialistische führende Kreise behaupten, auch wie vor, ohne das Kabinett für Hitler käme eine Beteiligung der NSDAP an der Regierungsverantwortung nicht in Frage.

Wie wir nachträglich erfahren, ist der Empfang Hitlers bei Hindenburg in äußerst ruhigen Formen verlaufen. Beide bewahren über die Besprechung strengstes Still-

## Der Handel um die Macht.

Ziel: „Vernichtung des Kommunismus“.

Hk. Hindenburg hat am Freitag mit Hugenberg, Kaas und Dingeldey gesprochen. Hitler ist unterwegs mit Straßer, Frick und anderen im Flugzeug in Berlin eingetroffen, um die entscheidende Besprechung mit Hindenburg, die am Sonnabend stattfindet, vorzubereiten.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ ist vor allem der Wortführer derjenigen, die jetzt mit Entschiedenheit eine Verständigung mit den Nazis wollen. Das geschieht wohl im

Erörterung seiner Taten bis zum 2. Januar verbietet. Das ist die typische Herrschaft von Leuten, die nichts verstehen: Wer hungert, wird erschossen! Wer den Mund aufmacht, kommt ins Zuchthaus!

Der Bann, als ob Hindenburg irgend eine Rettung für Deutschland oder sogar für die Arbeiterschaft sein könnte, muß auf diese Weise gebrochen werden:

Hindenburg muß von seinem Posten verschwinden, damit mit ihm das Gerede über die Segnungen des Präsidialkabinetts und aller jener faulen Bezeichnungen, die die faschistische Diktatur verschleiern sollen, verschwindet.

Hindenburg könnte durch eine Zweidrittelmehrheit der Reichstagsabgeordneten förmlich abgesetzt werden, wenn diese eine Volksabstimmung beantragen, und die Volksabstimmung dann eine Mehrheit für die Absetzung ergibt. Die Zweidrittelmehrheit im Reichstag ist nach dem jetzigen Stand nicht zu erreichen, ganz abgesehen davon, daß es gar nicht sicher ist, ob der Reichstag überhaupt die Möglichkeit erhält, über einen solchen Antrag abzustimmen. Wie sollte Hindenburg sonst gestürzt werden? Das geht nur durch eine außerparlamentarische politische Aktion der Arbeiterschaft, durch die über die Tätigkeit Hindenburgs und der Männer seines Vertrauens hinreichend Aufklärung verbreitet wird. Selbstverständlich ist diese Aktion nur möglich, auf einer breiten proletarischen Grundlage, auf einer bis ins letzte

durchorganisierten proletarischen Einheitsfront und nicht nur der Einheitsfront zwischen kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern. Die Einheitsfront, die hier in aller kürzester Zeit durch den Druck der Ereignisse eine „objektive“ Grundlage erhalten wird, muß gebildet werden durch alle, die den Ausbruch einer offen faschistischen Terrorherrschaft und den Ausbruch eines irrsinnigen Rüstens mit Übergang in neue imperialistische Kriege nicht wollen.

## AUS DEM INHALT:

Die Erledigung der Preußen-Verfassung.  
Die Totengräber der Gerechtigkeit.  
Die deutschen Schuldigen für den nächsten Krieg.  
Streikwelle im Anschwellen.  
Die Kapitalisten experimentieren weiter.  
Sun Yat-Sens 66. Geburtstag.

schweigen. Da aber Hindenburg bisher andere Parteiführer nicht mit Verhandlungen betraut hat, nimmt man an, daß Hitler als Führer der größten Partei die Initiative ergreifen wird um seinerseits Schritte zu unternehmen, die zu einer nationalen Konzentration führen werden.

Die Hoffnung auf das Gelingen der nationalen Konzentration ist in führenden Berliner politischen Kreisen groß.

Die nationalistische Einigung ist also so gut wie sicher vollzogen. Unser Warnruf im Leitartikel erhält dadurch doppelte Bedeutung.

Einverständnis mit Schleicher; der „Deutsche“ teilt mit, daß gerade Schleicher mit aller Energie den Gesamtrücktritt des Kabinetts gefordert hat, um der Regierung die breite nationalsozialistische Basis zu verschaffen. Bei solchen Bemühungen sind sich diese Kreise klar darüber, daß sie dafür Hitler gestatten müssen, sich gegen die Arbeiterbewegung auszutoben. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ formuliert zwei Programmforderungen für die erstrebte Regierung: 1. Arbeitsbeschaffung; 2. unbedingte Vernichtung des „Kommunismus“, worunter diese Herren übrigens alles rechnen, was nicht mit ihnen einverstanden ist.

Das ist die große Schar aller Werktätigen, zusammen mit den, wenn auch kümmerlichen Rosten des linken und liberalen Bürgertums. Und gerade die proletarischen Anhänger der Nationalsozialisten, die durch eine Regierung Hitler in Enttäuschung geraten müssen, jene verführten Erwerbslosen und verzweifelten Mittelstandsexistenzen, die kleinen Bauern, die Beamten, sie alle gehören in die Einheitsfront des Proletariats — und es ist nötig, die unerhört kurze Zeit, die für eine Propaganda zur Gewinnung dieser Menschen nur noch vorhanden ist, konzentriert zu nutzen. Als nächste Vorbereitung und als größtes Werbemittel muß hier angesehen werden: gemeinsame Aktionen der sozialdemokratischen und kommunistischen Organisationen und Genossen. Wir sagen mit Absicht: Organisationen; denn wir wissen aus Erfahrung, daß die Versuche sowohl der KP als auch der SP, durch einen bloßen Appell an die Mitglieder jeweils der andern Partei gescheitert sind und auch scheitern müssen. Die Fehler beider Parteien sind so reichhaltig, daß sie beide Grund haben, nicht ständig alle Fehler gegenseitig aufzuwärmen. Das Mißtrauen der Genossen in beide Parteiführungen kann nachdrücklich und erfolgreich nur bekämpft werden durch einen

offenherzigen und großen Schritt in der Richtung auf die Bekämpfung des Faschismus.

Da aber jeder weiß, wie nötig für diese Bekämpfung die Einheitsfront ist, und da die Sehnsucht nach dieser Einheitsfront so tief in den Herzen der proletarischen Massen verankert ist, daß sie jede Aktion, die nicht der Einheitsfront dient, geradezu zur inneren Verzweiflung treibt, so leuchtet ein, daß die Stagnation der Arbeiterbewegung nur durch gemeinsam organisierte Einheitsfrontaktionen und deren ehrliche Durchführung behoben werden kann. Solche Aktionen müssen bei der heutigen grauenhaft trostlosen Lage wie ein Blinkfuer funktionieren, das den richtungslos auf dem Meere der Verzweiflung umherirrenden Genossen einen neuen festen Punkt weist. Solche Aktionen dienen aber auch dann als Sammelpunkt für alle, deren



# Wirtschaftspolitik der künftigen Reichsregierung?

Rpt. Vor der Demission des Kabinetts von Papen hat der Reichswirtschaftsminister Warmbold sich sehr zurückgehalten. Ist es nur ein Zufall, daß er, der Vertrauensmann der Industriellen im Kabinetts der Barone, am Freitag in einer groß angelegten Rede vor der Deutschen Wirtschaftsgesellschaft unter der bescheidenen Überschrift „Zur gegenwärtigen Lage der deutschen Volkswirtschaft“ so etwas wie ein industriekapitalistisches Wirtschaftsprogramm entwickelte?

Ueber Warmbolds „Analyse der Lage“ ist nicht viel zu sagen. Hier möge genügen: er rechnet „zu den sichersten Ergebnissen der Krisenforschung“ die Erkenntnis, „daß diese Krise im Grunde die letzte Liquidationsphase des Weltkrieges darstellt“. Wer nicht dem kapitalistischen System die Schuld an der Krise geben will, der muß allerdings wohl so reden.

Interessanter ist, was man als Programm aus dem zweiten Teil der Rede herauschälen kann.

1. An Deutschlands Auslandsgläubiger: „Wir werden zahlen, und wir können zahlen, wenn man uns gestattet, zu zahlen. Unsere Zahlungsfähigkeit ist nunmehr allein bedingt durch die Warenmengen, die das Ausland anzunehmen bereit ist.“

2. Währung: Der feste Wille, an der Stabilität der Währung festzuhalten, darf nicht erschüttert werden.

3. Löslösung aus der Weltwirtschaft? Sie ist ohne schwere Schäden für den Lebensstandard des deutschen Volkes nicht möglich. (Der Redner bezeichnet sogar Bananen und Apfelsinen als „unentbehrlich“!) Den Großagrariern, die sich den Industriellen als „Binnenmarkt“ zu empfehlen pflegen, sagt er deutlich: „Soweit der Binnenmarkt irrtümlicherweise mit der Landwirtschaft gleichgesetzt wird, ist dazu zu sagen, daß nach eingehenden Berechnungen die Landwirtschaft im besten Falle ein Zehntel der für den Export arbeitenden Menschen beschäftigen könnte.“

4. Und die Landwirtschaft? „Kostensenkung in der Landwirtschaft ist das A und O der nächsten Zukunft. Es muß im Interesse der Landwirtschaft erreicht werden, die Spanne gegenüber dem niedrigeren Weltmarktpreis ohne Schaden für die Landwirtschaft zu verringern.“ Dazu sehr deutlich: „Meine alten Berufsgenossen werden mich bei diesem Anspruch steinigern mögen.“ Zur Beruhigung fügt er zu: „Und doch sage ich dies nur aus Sorge für ihr wirtschaftliches Schicksal.“ Warmbold hält nichts von kartellähnlichen Regelungen in der Landwirtschaft; auf den Hauptgebieten landwirtschaftlicher Erzeugung seien sie kaum möglich. Zur Kostensenkung empfiehlt er — leider ohne auf Einzelheiten einzugehen —: „Kredit- und Steuerpolitik und Methoden der Rationalisierung in Erzeugung und Absatz“, ferner: Steigerung des Absatzes durch Schaffung eines kaufkräftigen Konsums. Wo soll die Landwirtschaft ihn suchen? Im eigenen Lande bei der städtischen Industriebevölkerung. Dem Satz: „Hat der Bauer Geld, hat's die ganze Welt“ setzt er den Vers entgegen: „Gedeiht die Industrie, ernährt sie Mensch und Vieh!“

5. Wie kann die Schrumpfung der industriellen Erzeugung bekämpft werden? Diese Frage erhebt Warmbold auch im Interesse der Landwirtschaft. Er betont dabei: „Durch Stärkung der landwirtschaftlichen Kaufkraft ist der industrielle Absatz nicht wesentlich zu verbessern, da die Landwirtschaft nur etwa 20 Prozent der industriellen Nettoproduktion abnimmt. Die übrigen 80 Prozent gehen an die städtische Wirtschaft und an das Ausland. Daher Förderung der Ausfuhr, ferner Entwicklung des Binnenmarktes durch liberale Kreditgewährung, im Schutze einer lückenlosen Devisenbewirtschaftung.“

6. Das Schlußwort an die Unternehmer ist sehr kümmerlich. Gegen den Unsinn der Großagrarierei hat Warmbold gut Stellung genommen; daß er auch zu industriepolitischen Unfug Stellung nimmt, ist von ihm nicht zu erwarten. Seine Rede zeigt deutlich, er fühlt sich hier weit unfreier und unsicherer als bei der Ablehnung der großagrariischen Wünsche. Daß der wirtschaftliche Automatismus allein der Lage nicht Herr werden wird, ersieht er daraus, „daß zum ersten Male eine Krise zur Aufhebung eines alten Gesetzes der Unternehmerwirtschaft gezwungen (?) hat, zur Vermeidung des

Bankerotts durch Eingriffe der öffentlichen Hand“. In der neuen Wirtschaftspolitik, die Warmbold befürwortet, sollen „allgemeine Preis- und Lohnsenkungen“ keinen Platz haben. (Und besondere Lohnsenkungen? Und warum keine Senkung von Kartellpreisen in der Industrie?) Warmbold fordert gleichzeitig Aufrechterhaltung der Devisenzwangswirtschaft und Entfernung möglichst vieler Fesseln der Wirtschaft und schließt mit dem Satze: „Freiheit der Wirtschaft,

vor allem aber Beschäftigung und Brot dem deutschen Arbeiter!“

Diese Rede eines Mannes, der mit den Baronen innerhalb des Reichskabinetts allerhand Kämpfe ausgefochten hat, zeigt deutlich, was bestenfalls von einer mehr an industriellen Interessen orientierten kapitalistischen Regierung zu erwarten ist. Sie macht vielleicht Schluß mit dem größten großagrariischen Unfug. Mehr kann sie nicht bieten, eben weil sie nach wie vor kapitalistische Interessen vertritt.

Wir müssen die Parole Warmbolds daher so verlängern: Freiheit der Wirtschaft von den Kapitalisten!

## Den deutschen Untertanen Betruhe!

In dem hiederlichen Deutsch, das bei den Notverordnungs-Schreibern üblich ist, wird folgende Heldentat „des Reichspräsidenten vom Donnerstag“ mit Verspätung den Betroffenen zur Kenntnis gebracht:

Die Geltungsdauer der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung des inneren Friedens vom 2. November d. J., die bis zum 19. November befristet war, ist durch eine Verordnung des Reichspräsidenten vom Donnerstag

bis zum Ablauf des 2. Januar 1933 verlängert worden. Gleichzeitig ist auch die in der ergänzenden Verordnung vom 3. November d. J. enthaltene Ermächtigung verlängert worden, wonach Ausnahmen für Wahlversammlungen zugelassen werden, sofern diese Wahlen bis zum 15. Januar 1933 einschließlich stattfinden.

Wir halten eine solche Verordnung für hinreichend, einen befristeten Proteststreik zu organisieren, der so oft wiederholt wird, bis Hindenburg, dem das Gefühl für die Schafherdenrolle, in die er hier mündige Menschen versetzt, völlig abzugehen scheint, sich eines besseren besonnen hat.

## Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

fallen auf Grund der Noiverordnung aus.

Wir hoffen, daß die so entstehende freie Zeit für den verstärkt notwendigen Kampf gegen Hindenburg und seine Schützlinge ausgenutzt wird; aller Scharfsinn und alle Organisationskraft müssen jetzt auf diesen Kampf konzentriert werden.

Die Anzeige der geplanten öffentlichen Veranstaltungen anderer Organisationen unterlassen wir aus dem gleichen Grunde und mit der gleichen Aufforderung.

## Universität Breslau bis Mittwoch geschlossen.

Senat und Universitätsrichter der Breslauer Universität haben auf Grund der Vorfälle am Donnerstag beschlossen, die ganze Universität, einschließlich sämtlicher Institute und sogar der Kliniken, die sonst bei Schließung der Universität während des Semesters gewöhnlich ihre Arbeit mit den Studenten ungestört fortsetzen, nicht nur bis Sonnabend, sondern bis Mittwoch früh für alle Studenten zu sperren.

## Protest gegen das Bluturteil von Chemnitz.

Die Internationale Hilfsvereinigung bittet uns um Veröffentlichung folgenden Protestes, den sie an die Regierung des Freistaats Sachsen und das sächsische Justizministerium gerichtet hat:

„Die Hauptverwaltung der Internationalen Hilfsvereinigung und der Bezirksvorstand der IHV Berlin-Brandenburg erheben im Namen Tausender angeschlossener Mitglieder schärfsten Protest gegen das Todesurteil des Chemnitzer Schwurgerichts gegen den Kommunisten Ferdinand Bartl.

Dieses Urteil wurde gefällt, obwohl klar erwiesen ist, daß Bartl nicht der Schütze ist, der den Nationalsozialisten Krebeck getötet hat.

Dieser Urteilspruch des Chemnitzer Schwurgerichts reißt sich würdig an die brutalen Zuchthaus- und Gefängnisurteile der preußischen Sondergerichte, die Hunderte Antifaschisten in die Kerker werfen; die Verbrechen der Faschisten jedoch in der Mehrzahl ungesühnt lassen.

Die Internationale Hilfsvereinigung betont ihren schärfsten Abscheu gegen dieses empörende Urteil und fordert die Aufhebung des Chemnitzer Urteils und die Freilassung des Verurteilten.“

Der wegen „Erschießung“ des Chemnitzer Nazi Krebeck (den aber in Wirklichkeit ein anderer erschossen hat, wie in der Urteilsbegründung zugegeben wird) am Dienstag zum Tode verurteilte Kommunist Ferdinand Bartl hat durch seinen Rechtsbeistand gegen das Urteil Revision einlegen lassen.

## Totengräber der Gerechtigkeit. Hinarbeiten auf KP-Verbot.

Der fünfte Strafsenat des Reichsgerichts hat am Freitag drei Kommunisten aus Hagen (Westfalen) wegen Sprengstoffvergehens ins Zuchthaus geschickt: den Schreiner Wilhelm Strack für sechs Jahre, den Schreiner Robert Strack und den Bauarbeiter Störcksdieck für je drei Jahre. Außerdem wurden die Angeklagten für mehrere Jahre der „Ehre“, die unter den Bürgern dieser Klassengesellschaft gilt, für verlustig erklärt.

Die drei hatten in der Werkstatt des Vaters der Brüder Strack einen Stollen gegraben und dort ein Waffen- und Sprengstofflager eingerichtet. Die Angeklagten traten kurz vor Entdeckung des Lagers aus der KPD aus; wie sie sagten, weil ihnen der Kurs der KPD zu legal gewesen sei.

Der Strafsenat bezeichnete diese Begründung jedoch als ein bloßes taktisches Manöver, das üblich sei, um die Partei vor den Folgen der illegalen Handlungen ihrer Mitglieder zu schützen.

Man vergleiche damit die Manöver bei den Nazis und die Tolerierung der Gerichte gegenüber solchen Manövern! Man vergleiche damit die Nichtverfolgung des Putsch-Organisators Best!

Im Anschluß an die nationalsozialistischen Raufereien in der Berliner Universität im Februar war der nationalsozialistische Student Ruppin „wegen ungebührlicher Ruhestörung“ zu vier Wochen Haft verurteilt worden. Er hatte in der Vorhalle der Universität einen Sprechchor von etwa 250 Nazis gegenüber etwa 60 linken Studenten mit den Rufen „Deutschland erwache!“ angeführt. Dieser Schlachtruf leitete dann die Schlägerei ein.

Der Verurteilte trieb die Sache bis zum Reichsgericht. Dessen zweiter Strafsenat hat jetzt den in erster Instanz Verurteilten

### freigesprochen

mit der Begründung, daß man das Gebrüll auf der Straße nicht hätte hören können (?), daß es also nicht öffentlich geschehen sei!

**BRUNO GLUCHOWSKI**  
**Hohlen-Kulis**  
 REVOLTE AN DER RUHR (33)  
 COPYRIGHT 1932 BY FACKELREITER-VERLAG G.M.B.H., BERLIN W 18

Der Inspektor macht auf seinem Büro ein zufriedenes Gesicht. Steiger Küpper steht vor ihm und erstattet Rapport. 328 Mann sind eingefahren, 780 Wagen Kohlen sind gefördert. Die Streikbewegung hat einen schweren Schlag erlitten. Morgen werden es 500 Mann sein und gegen Ende der Woche ist der Streik niedergeschlagen, sagt Steiger Küpper siegesgewiß.

Der Schachtvertrauensmann von Zeche Morgenstern kommt gegen Abend zu Robert Zielinski, meldet, daß am Morgen eine Masse fremder Kumpels auf dem Nebenschacht eingefahren und unter Führung eines fremden Steigers nach Norden aufgebrochen sind. In Zielinskis Hirn beginnt es zu dämmern. Der Norden ist die Grenze gegen die Kohlenfelder von Rhenania. Auf irgendeine Art und Weise müssen die Streikbrecher dorthin in den unterirdischen Betrieb von Rhenania gelangt sein. Er läßt die übrigen Mitglieder der Streikleitung zusammenerufen, bespricht mit ihnen diese Angelegenheit. Ein Gegenstoß wird beschlossen. Von Haus zu Haus ergeht an die Streikenden die Aufforderung, sich am nächsten Morgen bereit zu halten zum Abmarsch nach Zeche Morgenstern. Mehrere hundert Mann brechen in der Dunkelheit auf. Einige fangen an zu singen; Zielinski verbietet jeden Lärm, um nicht vorzeitig bemerkt zu werden. Vor dem Zechentor bauen sie sich auf, fordern die zur Arbeit gehenden Kumpels auf, sich dem Streik anzuschließen. Einige zögern, bleiben bei ihnen stehen, die meisten aber gehen zur Markenkontrolle, holen sich ihre Schichtmarke und verschwinden in der Waschkäue. Kurz vor 5.30 Uhr kommen mehrere geschlossene Trupps. Sofort werden in ihnen Belegschaftsmitglieder von Rhenania erkannt. Meistenteils sind es Leute, die nicht in der Kolonie wohnen, sondern in den vielen kleinen Dörfern der Umgegend. Leute, die selbst ein Häuschen, ein paar Morgen Land und Schweine und anderes Viehzeug besitzen. „Prumenkötter“, wird ihnen entgegengrufen, „Streikbrecher!“ Zielinski er-

mahnt die Kumpels, ihrem Haß nicht freien Lauf zu lassen, sondern die Kumpels einzeln über das Verwerfliche ihrer streikbrecherischen Handlungsweise aufzuklären. Man hört nicht auf ihn, seine Autorität kann hier nicht durchdringen. Im Nu sind die Arbeitswilligen eingeschlossen; ein Hagel von Puffen, Schlägen und Stößen prasselt hernieder. Zu einem Kampfplatz wird der Platz vor der Zeche. Mit Fäusten, Knüppeln und Kaffeepullen bearbeitet man sich gegenseitig, bis ein Trupp hackenstielbewaffneter Männer über den Zechenplatz stürmt und auf die Rhenania-Kumpels einschlägt. An ihrer Spitze ein breitschultriger Kerl im Steigeranzug, mit schwarzem Bart und Lederkappe. Mit einem kurzen Brecheisen hat er sich bewaffnet, schlägt wie ein Wilder, um sich.

„Der schwarze Hannes, der Kohlenkönig“, geht es durch die Reihen der Rhenania-Leute. Jetzt weiß man, wem man den Streikbruch zu verdanken hat, und die ganze Wut der Menge richtet sich gegen ihn. Er wird eingekleidet, haut wie ein Verzweifelter um sich; aber immer näher rückt man ihm auf den Leib. Vom Ende der Straße her ertönen einige Schüsse. „Die Polizei!“ wird gerufen; nach allen Seiten stieben die Menschen auseinander. Aber um Steiger Küpper schließt sich der Ring immer enger. Seine Brechstange hat man ihm entwunden, ein hagerer Italiener packt ihn an der Kehle. „Porco dio, krepieren sollst, Hund, elendiger“, faucht er ihm ins Gesicht. Steiger Küpper brüllt röchelnd auf, seine Hand tastet nach der Hosentasche. Er preßt etwas gegen den Leib des Italieners; ein dumpfer Knall ertönt, die umklammernden Hände lösen sich vom Halse des Steigers. Mit einem Satz verschwindet er durch das Zechentor. Von allen Richtungen fallen jetzt Schüsse, Fenster werden aufgerissen, schnell wieder zugemacht. Die Polizei wird von den Nachwächtern, der Werkspolizei und schnell bewaffneten Tagesarbeitern unterstützt, treibt die Menge nach allen Nebenstraßen hin auseinander. Den schwerverwundeten Italiener und sechs andere Verletzte schleppt man in die Verbandstube,

Lest  
 P  
 L  
 I  
 V  
 I  
 E  
 R



transportiert sie, nachdem die Ruhe wieder hergestellt ist, in das nächste Krankenhaus.

Die Morgenzeitungen berichten von dem Abflauen des Streikes, melden, daß auf Zeche Rhenania allein schon am zweiten Streiktag über 400 Mann, die in Wirklichkeit ja nur 328 Mann waren, in die Grube kamen, verschwiegen sie schamhaft, oder weil sie nicht darüber informiert worden waren.

Steiger Küpper stieg durch seinen „mannhaften“ Kampf um das Anfahren der Streikbrecher gewaltig in der Achtung des Inspektors. Es war der Held des Tages. Die Kollegen, die einsahen, daß er nun doch bald ihnen übergeordnet werden würde, stellten sich um, erwiesen ihm jetzt die größte Freundlichkeit, schmeichelten ihm, soviel sie konnten, wenn es ihnen auch schwer fiel.

Einige Tage später. Bereits vierzig Prozent der Rhenania-Belegschaft arbeitet, auf anderen Zechen flaut der Streik ab. Soviel Mühe man sich auch machte, die Belegschaft von Zeche Morgenstern war nicht zum Eintreten in den Streik zu bewegen. Das letzte Geld ist aufgezehrt, die Konsumanstalt der Zeche, die alle Lebensmittel liefert, gewährt keinen Kredit. Der Hunger grassiert in den Familien der Streikenden, nicht alle haben Kartoffeln genug in den Kellern, um sich an ihnen wenigstens satt zu essen. Die Kampf Stimmung beginnt langsam aber sicher einer Verzweiflungstimmung zu weichen.

Montagnachmittag, sieben Streiktrage sind inzwischen vergangen, ist eine große öffentliche Volksversammlung auf dem Marktplatz der nahen Stadt angekündigt. Gruppenweise ziehen die Rheinholener dort hin. Aus ihren Gesichtern schaut der Hunger, aus den Augen der meisten Hoffnungslosigkeit und Resignation. Der Streik ist so gut wie verloren; der Zechenverband, in dem alle Grubenbesitzer zusammengeschlossen sind, läßt sich auf keine Verhandlungen ein. Günther Gerling mit den Kumpels aus dem Ledigenheim kommt als einer der letzten an.

(Fortsetzung folgt.)

# Neue Streikwelle im Anschwellen.

Nachdem die Streikbewegung in den vergangenen Tagen etwas abgeflaut war, scheint sie jetzt wieder zuzunehmen, wobei die Beteiligung der Freien Gewerkschaften, insbesondere des DMV, bemerkenswert und erfreulich ist. Ein günstiges Zeichen auch für bevorstehende politische Streiks!

## Lohnkampf der 4000!

Seit Donnerstag streiken die Arbeiter der Eisenwerke der Firma Buderus in Wetzlar, Lollar und Hirzenhain. Der Streik wurde vom Deutschen Metallarbeiterverband ausgelöst! Der Kampf richtet sich gegen einen neuen Abbau der Löhne der Metallarbeiter im Lahngau und Oberhessen, in dem bereits die tariflichen Spitzenlöhne seit dem 1. Januar 1931 von 79 auf 64 Pf. und die übrigen Löhne im gleichen Verhältnis herabgesetzt worden sind.

## Polizei gegen Streikende.

In Eppingen in Baden streiken 200 Holzhauer gegen einen zwanzigprozentigen Lohnraub durch die Gemeindeverwaltung. Die Streikenden demonstrierten geschlossen gegen den Lohnabbau vor dem Rathaus, wobei die Polizei und Gendarmerie gegen die Arbeiter vorging! In einer anschließenden Streikversammlung wurde Kampf bis zum Sieg beschlossen.

## Erfolgreiche Geschlossenheit.

Die 450 Arbeiter der Porzellanfabrik Christian Selmann in Weiden hatten schon nach kurzer Zeit mit ihrem Streik Erfolg. Die Firma verzichtet auf Notverordnungslohnabbau. Maßregelungen dürfen nicht vorgenommen werden. Am 21. November wird die Arbeit wieder aufgenommen.

## DMV geht auch in Leipzig zum Angriff über!

Der Deutsche Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Leipzig, hat das mit dem Verband der Metallindustriellen im Bezirk Leipzig bestehende Lohnabkommen gekündigt und Forderungen auf Wiederherstellung der Löhne gestellt, die vor dem Lohnabbau im Juni gegolten haben. Das bedeutet eine Erhöhung der Spitzen-Stundenlöhne um 5 Pfennig und eine Erhöhung der Akkordsätze um mehr als 8 Prozent. Gleichzeitig wird die Herabsetzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden mit vollem Lohnausgleich gefordert. — Ein erfreu-

licher Vorstoß des DMV, der hoffentlich nun auch mit der nötigen Energie zu Ende gefochten wird. Jeder entschiedene Gewerkschaftskollege wird diese Wendung zum Kampf begrüßen!

## Lohnraubplan an den preußischen Staatsforstarbeitern.

Die Staatsforstverwaltung hat die zur Zeit geltenden Löhne zu Ende Dezember gekündigt; sie will die Löhne abbauen. Es handelt sich um mindestens 12 Pfennig Lohnraub pro Stunde. Die Spitzenlöhne betragen gegenwärtig in Preußen 55 Pfennig pro Stunde in der ersten Zone und 52 Pfennig in der vierten.

Die preußischen Staatsforstarbeiter haben seit langem unter Arbeitslosigkeit zu leiden. Der größte Teil von ihnen ist seit Jahren ohne Beschäftigung, und die übrigen haben Mühe, wenigstens noch bei den Hauungsarbeiten beschäftigt zu werden.

## Mißbrauch des Freiwilligen Arbeitsdienstes!

Alle anderen Arbeiten, die für Forstarbeiter in Frage kommen, werden entweder nicht mehr ausgeführt oder durch den Freiwilligen Arbeitsdienst oder durch Notstandsarbeiten erledigt! Das Durchschnittsjahreseinkommen eines preußischen Staatsforstarbeiters macht heute nur noch wenige hundert Mark aus, liegt also beträchtlich unter dem Existenzminimum.

Die schärfsten Gegner des gegenwärtig noch geltenden Forstarbeiterlohns sind die Großagrarien! Sie fordern eine „Angleichung“ dieses Lohnes an den Landarbeiterlohn.

Der Deutsche Landarbeiterverband hat sich gegen den neuen Lohnraub an den ihm angeschlossenen Forstarbeitern erklärt.

## Straßenbahnerstreik in Schanghai.

Seit sechs Wochen sind die Straßenbahnarbeiter in Schanghai im Streik. Am Freitag kam es zu einer Schlägerei zwischen den Streikenden und der Polizei vor dem Verwaltungsgebäude der Straßenbahngesellschaft. Wie es heißt, ist dabei eine Bombe in das Menschengewühl geworfen worden, durch die 15 Personen verletzt wurden.

# Gegen den Unfug der Gewerkschaftsfraktionen.

## Ein Beispiel aus der Erfahrung.

Hu. Sche. Wie schädlich für eine vernünftige Gewerkschaftsarbeit die Fraktionspolitik der politischen Parteien in den Freien Gewerkschaften ist, kam in einer größeren Versammlung des ZdA wieder einmal recht deutlich zum Ausdruck. Nachdem der Kollege Gottfurcht sein Referat beendet hatte und einige Kollegen in der Diskussion bei steigender schlechter Stimmung im Saal dazu mehr oder weniger eachlich Stellung genommen hatten, holte Gottfurcht eine „Aufforderung an die oppositionellen Kollegen des ZdA“ hervor, die er „zufällig“ in die Hand bekommen hatte und in der, aufgefordert wurde, die Versammlung ganz besonders unter Druck zu setzen, und vor der Versammlung zu einer kurzen Unterredung zusammenzukommen. Dann las er von einer besonderen Liste die Namen derer vor, die bei dieser Besprechung anwesend waren, und wer von ihnen in der Diskussion schon gesprochen hatte. — Abgesehen von der schabigen Spitzeltätigkeit, die hier wohl von Seiten der SPD-Fraktion geleistet wurde, bieten hier die oppositionellen Kol-

legen den Reformisten einen willkommenen Ansatzpunkt, auch die für eine vernünftige Gewerkschaftspolitik förderliche sachliche Kritik (zum Beispiel die Kritik an dem Verhalten der Führung des Gesamtverbandes beim BVG-Streik) ganz oder teilweise auszuschalten.

Aber auch die Stimmung der meisten Kollegen wird dadurch gegen solche Kollegen von vornherein beeinflusst, die nicht irgend einer Fraktion angehören und nur ein paar Worte sachlicher Kritik üben wollen. Das hat dann zur Folge, daß man den Rednern, wenn sie Kritik üben, kaum zuhört, oder wie auf der erwähnten Versammlung — „Schluß der Debatte“ beschließt. Im Augenblick ist die SPD-Fraktion die stärkere; deshalb wird nur die KP-Fraktion angerempelt. Völlig vergessen ist der Grundsatz der parteipolitischen Neutralität und die Erkenntnis, daß

auch die SPD-Fraktionsarbeit, die ganz offen und ungetarnt getrieben wird, nicht in Ordnung ist.

Es sind immer wieder die alten Fehler, die der ISK schon vor Jahren aufgezeigt hat: die Bildung von Fraktionen politischer Parteien innerhalb der Freien Gewerkschaften.

Wir wenden uns darum an die Gewerkschaftskollegen, denen es mit einer vernünftigen Gewerkschaftsarbeit ernst ist, und fordern sie auf,

gegen jegliche Fraktionsbildung, für eine energische und klare Gewerkschaftspolitik einzutreten.

## Schon wieder Dementi eines Dementis. Wer glaubt „zuständigen Stellen“ noch etwas?

Die „Telegraphen-Union“ läßt sich aus Hamburg melden, daß, „entgegen einer seinerzeit von zuständiger Stelle (nämlich der Strafverwaltung, die Red.) erteilten Auskunft“, 33 Bergedolfer Festungsgefangene sich vor etwa einer Woche der Hungerstreikbewegung der preußischen Festungsgefangenen angeschlossen haben. Am Donnerstag haben sie dann diesen Hungerstreik in voller Disziplin abgebrochen. Man tut also gut, antliche Dementis nach links nicht allzu ernst zu nehmen!

## Ein Skandalprozeß.

### Krankenkassenbeamte und Ärzte wegen Betrugs verurteilt.

Am Donnerstag füllte die Nordhäuser Große Sonderstrafkammer das Urteil im Ilfelder Krankenkassenprozeß. Dem Prozeß lagen umfangreiche Betrügereien und Bestechungen zu Grunde, die zum Teil bis in die Inflationszeit zurückgehen und durch die die Ilfelder Orts- und Landkrankenkasse um große Beträge geschädigt worden ist. Einer der Angestellten unterschlug innerhalb von vier Jahren 14 000 Mark! Die angeklagten Ärzte hatten Krankenbesuche und Wegegelder in Rechnung gestellt, die völlig unberechtigt waren. Selbst der jüngste Lehrling machte raffinierte Geschäfte auf eigene Faust. Die Höhe der Verluste ließ sich nicht mehr genau feststellen, da der größte Teil der Geschäftsbücher und der Unterlagen kurz vor der Aufdeckung verbrannt worden war.

Die Strafen fielen in Anbetracht der Größe der Korruption ungewöhnlich milde aus. Es wurden Gefängnisstrafen zwischen drei Monaten und zwei Jahren drei Monaten und Geldstrafen von 500 bis 2000 Mark gefällt.

# BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ..... ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name ..... Ort .....  
 Straße und Hausnummer .....  
 Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH., Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH., Berlin SO 36, Elisabethufer 23/29.

**Das Haus der guten Schuhe**  
**H. Ebel**  
 Berlin N 65, Maxstr. 27  
 Reinickendorf, Residenzstr. 87/88  
 Telefon: D 6 Wedding 2358  
 Bel Vorzegl. d. Inserates 5% Rabatt!

**Herde Oefen / Gaskocher**  
 nirgends besser und nirgends billiger als bei  
**C. F. W. Lademann Söhne**  
 Berlin SW 19, Wallstr. 84/85  
 U-Bnf. Inselbrücke.

**Erstklassige Maßarbeit**  
 Herren-Anzüge  
 Damen-Mäntel  
 Kostüme  
 Tadelloser Sitz  
**Schönheit**  
 MAGDEBURG  
 Johannisbergstr. 10, III.  
 Stoffmuster  
 vorrätig.

**Bürobedarfsartikel**  
 Reparaturen und Reinigung  
 von Schreibmaschinen  
**A. H. Timmermann**  
 Hamburg 35, Luisenweg 61 III.

Freunde und Leser des „Funke“!  
**Unterstützt Eure Zeitung!**  
 Werbi Abonnenten! Sammelt Anzeigen! Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!

**A. JANISZEWSKI**  
 BUCHDRUCKEREI UND VERLAG/GMBH  
**druckt** Flugblätter, Zeitungen, Zeitschriften und jede Art Geschäftsdrucksachen  
 Berlin SO 36, Elisabethufer 23-29  
 Telefon: Sammler, F 1 Moritzplatz 5471

**Sonnenblumen-Öl**  
 kalt abgepreßt, daher vollwertiger. Bestes Speiseöl für Salate, zum Braten, Backen usw., milder Geschmack.  
 5-kg-Kanne 5,50 RM ab hier.  
 Kanne 1,— RM Pfand.  
**Frischkost-Reformhaus**  
 Magdeburg  
 Otto v. Guerickestr. 104.

**Oberhemdenstoffe, Tricoline, Flanelle, Oxfords**  
 günstige Posten Maccotuch kauft man gut und billig bei  
**Kurt Levy, Berlin O 112**  
 Scharnweberstr. 16/17.  
**Maßarbeit** erstklassig und billig  
 Herren-Anzüge, Mäntel, Damen-Kostüme, Aufbügeln und Reparaturen  
**Alfred Arensberg**  
 Berlin-Reinickendorf-Ost  
 Hinter der Dorf-Aue 14

**Reformkleidung**  
 Anfertigung eleganter Damengarderobe  
**J. Fürchtenicht**  
 Göttingen, Nikolausberger Weg 87.

**Röstkaffee**  
 per Pfund 2,—, 2,40, 2,80, 3,20 Mark.  
 Lieferung ab 3 Pfund frei Haus.  
 Nachnahme oder Vorkasse auf Postscheckkonto: Hamburg 71108.  
**Robert Ziegler, Kaffee-Versand**  
 Hamburg 33 / Heidhörn 42.

**„Haltet Euch gesund durch naturgemäße Kost“**  
**Reformhaus Gesundheitsquelle**  
 Berlin, Köpenicker Straße 96

**BERLIN**  
**KAMERA**  
 Unter den Linden 14 — A 1 Jäger 2987  
 Ab 18. November: Uraufführung  
**Dassan, die Insel der 5 Millionen Pinguine**  
 Beiprogramm: **Charlie Chaplin.**  
 Fox tönende Wochenschau  
**Jugendliche haben Zutritt!**  
 Anfangszeit: 15, 17, 19 und 21 Uhr.

Freunde und Leser des „Funke“!  
**Unterstützt Eure Zeitung!**  
 Werbi Abonnenten! Sammelt Anzeigen! Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!

**Von der Kunst, zu philosophieren.**  
 Von Leonard Nelson.  
 35 Seiten. Geheftet 0,45 Mark.  
 Sonderdruck aus der seit langem vergriffenen Schrift:  
 „Die Reformation der Philosophie durch die Kritik der Vernunft.“

„Wie alle Arbeiten Nelsons zeichnet sich auch diese durch vortreffliche Klarheit und Schärfe der Gedanken aus. ... An dem Buche darf keiner, der sich für philosophische Fragen interessiert, vorübergehen.“  
 „Wissenschaftlich-pädagogische Rundschau“ Nr. 41.  
 „Ein Buch, gerade auch für Arbeiter. Die einfache und klare Sprache macht das Buch für jeden Arbeiter verständlich. Das Buch enthält keine für den Arbeiter unverständlichen ‚Professorenweisheiten‘, sondern jeder Gedanke wird klar entwickelt.“  
 „Der Funke“ Nr. 86.

**Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstr. 8a.**  
 Postscheckkonto Berlin 313 42.

**Sprechapparate** Koffer/Schatullen/Schränke  
**Schallplatten** für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen / Verlangen Sie Angebot!  
**Otto Pfothauer, Wolmar, Röhrstr. 40.**

**SCHAFFEN EINHEIT!**  
**Was tust Du**  
 für die Einheitsfront der Arbeiterklasse? — Wenn Du schon kein Redner und Agitator bist, verwende wenigstens bei jeder Gelegenheit **Klebemarken** mit dem Einheitszeichen. — Bestelle die Klebemarken noch heute bei der  
**Ruchdruckerei Oscar Wettig, Geinhansen, Hesseu-N.**  
 Es kosten bei Voreinsendung des Betrages: 100 Stück 50 Pfennige, 1000 Stück 3,— Mark. — Zusendung unter Nachnahme zuzüglich 30 Pf. Nachnahmegebühr.



# Die Kapitalisten experimentieren weiter.

## Agrarkartelle statt Kontingente?

„Handelspolitische Notwendigkeiten.“ So heißt eine kürzlich erschienene Broschüre von Carl Bosch, dem ersten Vorsitzenden des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands. Die chemische Industrie greift damit in die handelspolitische Diskussion öffentlich ein, nachdem ihr Vertrauensmann, Warmbold, die Kontingentierung bisher verhindert hat. Was hat diese wichtige, vom I.-G.-Farben-Trust beherrschte Industriegruppe zu den „handelspolitischen Notwendigkeiten“ zu sagen?

### Industrie und Landwirtschaft.

Einleitend führt der Verfasser aus, die Welt scheine zu einem

#### handelspolitischen Laboratorium

geworden zu sein, aus dem grundsätzlich die bisher erprobten und bewährten Erfahrungen verbannt sind. Außerwirtschaftliche Gründe hätten der Außen- und Innenpolitik in allen Ländern einen zu großen Einfluß auf die Gestaltung der Handelspolitik eingeräumt.

Auf die deutschen Verhältnisse eingehend, stellt der Verfasser zunächst fest, daß die deutsche Landwirtschaft als Rückgrat des Innenmarktes unentbehrlich sei. Sie sei die lebendige Quelle der deutschen Volkskraft und das konservative Element für die Regeneration der städtischen Menschen. Aber Deutschland könne kein Agrarland mehr werden. 40 Prozent der deutschen Bevölkerung lebten heute von der Industrie, und die Landwirtschaft werde niemals in der Lage sein, diese Menschenmassen auf einem angemessenen Lebensstandard zu erhalten und ihnen Beschäftigung zu geben.

Für die deutsche Wirtschaftspolitik und ganz besonders für die deutsche Handelspolitik ergebe sich daraus die Notwendigkeit, einen Weg zu suchen und zu finden, der den Interessen der beiden Grundpfeiler des deutschen Wirtschaftslebens, Landwirtschaft und Industrie, ausreichend Rechnung trägt. Die Industrie dürfe keine Handelspolitik verlangen, die sich gegen die lebenswichtigen Interessen der Landwirtschaft richte. Ebenso wenig dürfe die Landwirtschaft mit ihren handelspolitischen Forderungen die lebenswichtigen Interessen der Industrie gefährden.

### Die Bedeutung des Außenhandels.

Der Verfasser untersucht alsdann, welche Bedeutung das industrielle Exportproblem für die Landwirtschaft hat und welche Wirkungen die Einfuhrbeschränkungen für Agrarprodukte auf die Industrie und den Export haben und stellt dann fest: Jeder weitere Rückgang des Exportes müsse die deutsche Arbeitslosigkeit noch erheblich steigern, jede Steigerung der Arbeitslosigkeit verringere die Absatzmöglichkeiten für landwirtschaftliche Veredelungsprodukte. Eine gesunde deutsche Wirtschaft sei also ohne ausgiebigen Export nicht möglich.

Bosch untersucht die Rückwirkung der geplanten Kontingente auf die deutsche Ausfuhr an die hiedurch in Mitleidenschaft gezogenen Länder und kommt zu dem Ergebnis, daß die Rückwirkungen der Gegenmaßnahmen des Auslandes gegen die geplante Kontingentierung bei weitem die Vorteile, die die Landwirtschaft davon haben könnte, übertreffen. Man müsse also bei der Veredelungsproduktion andere Wege suchen, um für die Landwirtschaft den erhofften Erfolg zu erreichen.

### Das Experiment des Herrn Bosch.

Das deutsche Agrarproblem sei heute nicht nur ein handelspolitisches Problem, „sondern vielmehr

eine Frage der quantitativen und qualitativen Anpassung an den Konsum, wobei geeignete Organisationsmaßnahmen eine Rolle spielen.“

Insbesondere auf der Einnahmeseite der Landwirtschaft sei ein großes Feld für die organisatorischen Maßnahmen gegeben. Die Erfahrungen, die in der Industrie gemacht worden sind, könnten unter Berücksichtigung der in der Landwirtschaft verschiedenartig gelagerten Verhältnisse als Prinzip sicherlich auch auf die landwirtschaftliche Produktion übertragen werden. Der Verfasser weist darauf hin, daß von den 18 Milliarden Mark, die der deutsche Konsument für deutsche landwirtschaftliche Erzeugnisse bezahlt, dem Landwirt nur 9 Milliarden zufließen. In anderen Ländern sei das Verhältnis erheblich besser. Er propagiert eine planmäßige Regelung der landwirtschaftlichen Märkte und weist nach, daß auch bei völliger Abrosselung der Einfuhr infolge der Ungeregeltheit des Angebots aus dem Inland der Landwirtschaft von der Preisseite nicht geholfen werden könne.

### Auf dem Wege zum „Agrar marxismus“.

Das Schlagwort vom deutschen „Agrar marxismus“ hört man neuerdings immer wieder; es ist angeblich in den Kreisen der rheinischen Schwerindustrie geprägt worden. Bosch ist auf dem besten Wege zum „Agrar marxismus“! Mit den handelspolitischen Laboratoriums-Experimenten möchte Bosch zwar Schluß machen — sie haben seiner Industrie zu sehr geschadet! —, aber nicht mit den Experimenten überhaupt. Das wäre allerdings von einem Kapitalisten, solange er überhaupt noch Möglichkeiten sieht, auf kapitalistische Weise aus der Krise herauszukommen, zu viel verlangt! Und die Möglichkeiten, die Bosch da noch sieht? Er spricht von der „quantitativen und qualitativen Anpassung an den Konsum“ und von Uebertragung der „Erfahrungen, die in der Industrie gemacht worden sind... auf die landwirtschaftliche Produktion“. Genaue Vorschläge macht Bosch nicht. Es ist aber klar, er will mehr als Förderung der landwirtschaftlichen Genossenschaften, er will

#### landwirtschaftliche Kartelle!

Den Landwirten, insbesondere den Bauern, soll geholfen werden, aber ohne daß dabei die Interessen der Export-Industrie verletzt werden. Die von der Junker-Regierung in Aussicht genommenen Kontingentierungen wären, wie Bosch ganz richtig ausführt, eine schwere Schädigung für die Export-Industrie und könnten dabei doch der deutschen bäuerlichen Veredelungswirtschaft keine Hilfe bringen. Darum: „quantitative Anpassung an den Konsum“, nicht, wie die Junker wollten, durch Beschränkung der Einfuhr, sondern durch Beschränkung der Produktion im Inland.

Den Landwirten soll geholfen werden, aber keinesfalls auf Kosten der chemischen Industrie. Darum heißt es bei Bosch: „... auch auf der Ausgabenseite muß noch eine weitere sehr erhebliche Entlastung angestrebt werden. Diese kann nur von Seiten der zuständigen Stellen durch Senkung der öffentlichen Belastung erfolgen.“ — Nur? Sie kann auch erfolgen auf Kosten der chemischen Industrie durch Abbau von deren Monopolpreisen für Kunstdünger! Aus dem hier erwähnten „nur“ in der Broschüre über „handelspolitische Notwendigkeiten“ kann man ersehen, daß es sich um Chemie-Trust-Notwendigkeiten handelt, um die Notwendigkeit, möglichst viele Landwirte für überhöhte Düngemittel kaufkräftig zu erhalten. Kurz: Die Bauern sollen den Konsum-

menten hohe Preise abnehmen, nicht damit es den Bauern besser geht, sondern damit sie den Düngemittel-Produzenten hohe Preise bezahlen können.

### Und die Arbeiterklasse?

Mit der Einführung der Agrarkartelle wäre wahrscheinlich das Damoklesschwert „Kontingente“ von den Häuptern der deutschen Exportindustriellen genommen. Aber auf wessen Kosten? Auf Kosten der breiten Masse der Konsumenten! Und dadurch soll den Bauern geholfen werden? Ihr Gewinn am Stück würde zwar größer, aber ihr Gesamtabsatz würde schrumpfen.

Bosch ist nicht der erste, der den Landwirten die Kartell-Bildung empfiehlt. Vor kurzem hat von Knebel-Döbritz das auch getan, ein pommerischer Agrarier den man als Nachfolger Brauns auf dem Posten des Reichsernährungsministers mehrfach genannt hat. Sein Kartellierungsvorschlag erschien in keiner landwirtschaftlichen Zeitschrift, sondern ausgerechnet im Organ der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie, in „Ruhr und Rhein“. Er ist dort mit einer Einleitung von industrieller Seite versehen, in der es heißt: „Wir sollen uns auch vom industriellen Standpunkt aus davor

hüten, der Landwirtschaft die Durchführung kartellähnlicher Maßnahmen auszureden, nachdem wir selber in der Industrie durchweg gute Erfahrungen mit solchen Organisationen gemacht haben.“ — Diese guten Erfahrungen kennen wir: Riesenprofite auf der einen, Verschärfung der Krise auf der anderen Seite! Diese Erfahrungen sollen nun auf dem Rücken der Konsumentenmassen verdoppelt werden!

Auch Agrarkartelle bringen keine Lösung des Krisenproblems! Der Vorschlag der Industriellen ist zwar nicht so plump wie der der Barone; aber auch er ist nur ein Pflaster auf den kranken Wirtschaftskörper.

Alles, was in dieser Beziehung von den Kapitalisten kommt, kann ja nur Pflaster sein, wenn die Kapitalisten nicht Selbstmord begehen wollen.

Auf gewisse Zeit kann die Wirtschaft in Ordnung gebracht werden, wenn die Kapitalisten mindestens eine Gruppe von Klassengenossen — die Großagrarier — preisgeben, — auf die Dauer nur, wenn die Arbeiter und Bauern das Lied in die Tat umsetzen:

Uns aus dem Elend zu erlösen, das können wir nur selber tun.

Helene Beyer.

# Gegen die Agrarkrise.

## Welche Maßnahmen werden in Frankreich vorgeschlagen?

Alle wesentlichen Maßnahmen, die in Frankreich zur Bekämpfung der Notlage der Landwirtschaft genannt werden, laufen auf eine Beschränkung der freien Konkurrenz in Bezug auf landwirtschaftliche Produkte hinaus: die von der Regierung und von den Vereinigungen der Landwirte durchgeführte Zurückhaltung der Getreidevorräte, die von der Rechten und übrigens auch von dem Kongreß der Radikalen Partei in Toulouse geforderte Politik der Kontingentierung und Schutzzölle, die von den Sozialisten befürwortete Schaffung eines staatlichen Getreideamtes. Alle diese Maßnahmen gleichen sich darin, daß sie Eingriffe in das freie Spiel von Angebot und Nachfrage darstellen.

Sie bedürfen daher unserer besonders kritischen Prüfung; denn unter hundert vorgeschlagenen Staatseingriffen ist gewöhnlich nur einer richtig!

### Künstliche Zurückhaltung von Getreide.

Durch die künstliche Zurückhaltung der Getreidevorräte wird die Schwierigkeit für die Landwirte nur hinausgeschoben und nicht behoben; denn es gibt gar keinen Grund, anzunehmen, daß im nächsten Jahr die Ernte wesentlich geringer sein wird. Höchstens kann man annehmen, daß wegen des Falls der Getreidepreise und wegen der künstlichen Hochhaltung der Gemüse- und Obstpreise mancher Landwirte von der Getreideerzeugung zur Produktion von anderen landwirtschaftlichen Produkten übergehen werden. Dagegen wirkt jedoch, daß die Weinpreise und zum Teil auch die Fleischpreise ebenfalls erheblich zurückgegangen sind, sodaß andere Landwirte sich gerade jetzt dazu entschlossen haben, zum Getreidebau überzugehen. Uns ist bekannt, daß ganze Familiengruppen kürzlich aus der Bretagne nach Süd-Frankreich übersiedelt sind, dort Besitz erworben haben, auf dem sie sämtliche Weinreben herausgerissen haben und dann zum Kornbau übergegangen sind. Insgesamt wird also nicht damit zu rechnen sein, daß die mit Getreide angebaute Fläche im nächsten Jahre wesentlich geringer sein wird als in diesem Jahre.

Die Ernte durch staatliche Unterstützung mit Krediten vom Markt zurückzuhalten, erscheint uns daher als eine nicht besonders wirksame Maßnahme.

### Kontingente und Schutzzölle.

Was ferner die Politik der Kontingentierungen und Schutzzölle angeht, so ist sie es vor allen Dingen, die in Frankreich die Lebenshaltungskosten auf einer so bedeutenden Höhe gehalten hat. Wird sie noch verschärft, so wird das Uebel der teuren Lebenshaltung noch vergrößert. Das gilt sowohl für Getreide als auch für die übrigen landwirtschaftlichen Produkte. Die Konsumenten haben also von dieser Politik nur Schlechtes zu erwarten.

Aber gewinnen wenigstens die Erzeuger dabei? Natürlich wird um so weniger gekauft, je höher die Preise sind! Aber vielleicht wird dieser Nachteil aufgewogen durch den Vorteil, daß die Landwirte vor dem Ruin bewahrt bleiben und außerdem Käufer für Industrieerzeugnisse bleiben? Das müssen wir jetzt prüfen.

Dabei müssen wir die Klassenunterschiede auf dem Lando in Betracht ziehen. Die Kleinbauern sind wie überall wenig vom Markte abhängig. Soweit sie doch den Markt beliefern, zum Beispiel mit Eiern und Butter, in geringem Umfang mit Vieh, fehlt ihnen vor allen Dingen die genossenschaftliche Organisation des Verkaufs. Sie sind meist in den Händen der Zwischenhändler, die weit mehr von der Kontingentierungspolitik profitieren als die Kleinbauern.

Diejenigen Landwirte, die ausschließlich auf gewisse Gemüse, besonders Frühgemüse, und Obstsorten spezialisiert sind und die zu Tausenden vor den Toren von Paris wohnen, haben in den letztvergangenen Jahren außerordentlich gut verdient. Eine Preissenkung bei ihren Produkten, die ohne die Kontingentierung eintreten und die übrigens ihren Absatz erheblich vergrößern würde, würde keinesfalls ihren Ruin bedeuten.

Die mittleren und größeren Bauern kommen als Verkäufer von Getreide und Vieh in Betracht. Soweit sie Eigentümer ihres Landes sind, sind sie bisher noch nicht gar zu schlecht gefahren. Soweit sie Pächter sind, leiden sie erheblich unter der Höhe der zu zahlenden Pacht, die seit den Jahren der Hochkonjunktur noch nicht gesenkt worden ist. Jede Hochhaltung der Preise verhindert nur die so notwendige Verringerung der Pachten.

Die Großgrundbesitzer würden allerdings einen unmittelbaren erheblichen Vorteil aus der Hochhaltung der Preise ziehen. Aber genau wie in anderen Ländern ist ihr Bankrott kein Unheil für das Land.

Die Landarbeiter schließlich, die von den Großgrundbesitzern abhängig sind, können schon darum nichts durch die Schutzzoll- und Kontingentierungspolitik gewinnen, weil sie stets durch die von den Unternehmern eingeführten nicht-französischen Arbeitskräfte niederkonkurriert werden. Selbst in dieser Krise haben die Unternehmer zur Erntezeit — der einzigen Zeit, in der die Landarbeiter hoffen können, eine Lohnerhöhung zu erreichen — Zehntausende von Arbeitern aus Spanien und Belgien geholt.

Insgesamt ergibt sich also, daß die Nachteile, die der französischen Wirtschaft durch Zölle und Einfuhrbeschränkungen zugefügt werden, nicht durch die Vorteile aufgewogen werden.

### Staatliches Getreideamt.

Wie steht es nun mit dem staatlichen Getreideamt, das von den Sozialisten vorgeschlagen wird? Es soll die Einfuhr so regeln, daß für die französischen Erzeuger ein Preis erreicht wird, bei dem sie einen vernünftigen Gewinn erzielen können. Zu dem Zweck soll also die gesamte Einfuhr von Getreide nur durch das staatliche Amt erfolgen, das auf dem Markt bald als Käufer, bald als Verkäufer erscheinen und dadurch die gewünschte Preishöhe sichern soll.

Wahrscheinlich würde bei dieser Maßnahme eine Preishöhe herauskommen, die einerseits die Erzeuger der Notwendigkeit der Einführung der besten Methoden entheben und andererseits die Verbraucher unnötig belasten würde. Dies ist zu befürchten, nicht nur wegen der allgemein zugegebenen Schwerfälligkeit jedes Beamtenapparats und wegen der bei jeder Protektion bestehenden Gefahr, daß Kulturen gefördert werden, die nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten in Frankreich vielleicht gar nicht mehr vorhanden sein sollten, sondern vor allen Dingen auch deswegen, weil die Sozialisten die Errichtung des Getreideamtes offensichtlich als Wahlrückstücken betreiben. Sie wollen die Stimmen der Bauern gewinnen. Sie werden also eine solche Handhabung der Preiskontrolle wünschen, daß auch die Bauern auf schlechtem Boden und mit geringer Fähigkeit noch einen Gewinn erzielen.

Wie wir früher gezeigt haben, beruht der Preissturz der landwirtschaftlichen Produkte gerade zum Teil auf der künstlichen Begünstigung des Getreidebaus. Mit der von den Sozialisten gewünschten Maßnahme wird dieses Uebel nur verstärkt. Die Wirtschaft entfernt sich immer mehr aus ihrem natürlichen Gleichgewicht. Das kann auf die Dauer nicht gut gehen. Man braucht sich auch nur das Beispiel Englands anzusehen, wo gleich nach dem Weltkrieg die Regierung versuchte, die Getreidepreise durch Subventionen künstlich hochzuhalten. Diese Politik mußte schon nach kurzer Zeit aufgegeben werden, weil sie selbst dem reichen englischen Staat zu viel Geld kostete. Die Gefahr besteht, daß auch in Frankreich ein Getreideamt zu Subventionen greifen muß, wenn es zugleich den Massen der Verbraucher und den Erzeugern gerecht werden will.

So läßt sich also der französischen Landwirtschaft nicht helfen! Was soll man denn tun? Wir werden bald darauf zurückkommen. Gerhard Kumbien (Paris).

### FRANKREICH

Kammer zur Agrarkrise: Am Ende ihrer Aussprache über die Landwirtschaftskrise hat die Kammer eine gemeinsame radikal-sozialistische und sozialistische Entschließung mit 377 gegen 212 Stimmen angenommen. In ihr wird gefordert: Stabilisierung der Getreidepreise bis zur nächsten Ernte; Beibehaltung der bisherigen Unterstützungsmaßnahmen für die Landwirtschaft durch den Ankauf des Getreideüberschusses und eine weitgehende Kreditgewährung; Preisfestsetzung für Brot in Uebereinstimmung mit den Getreidepreisen; Schaffung eines Preisfestsetzungsbüros unter der Kontrolle des Landwirtschaftsministers; Revision der bisherigen Pachtverträge der kleinen Bauern.

### DEUTSCHLAND

Betriebsüberwachung entschuldeter landwirtschaftlicher Betriebe durch den Nachbarn! Der Reichskommissar für die Osthilfe weist die Landstellen in einem Rundschreiben an: Von der Betriebsüberwachung, die nach der Notverordnung möglich sei, solle aus Ersparnisgründen nur dann Gebrauch gemacht werden, wenn die Person des Darlehnehmers oder der Zustand des entschuldeten Betriebes es notwendig macht. Dabei solle auf möglichste Sparsamkeit geachtet werden. „In erster Linie ist daher zu prüfen, ob nicht eine Ueberwachung des Betriebes durch einen benachbarten Gutsbesitzer ausübt werden kann.“ — Diese Praxis ist in Mecklenburg bereits so vervollkommen worden, daß jeweils zwei Nachbarn sich gegenseitig „überwachen“, um so beide möglichst reibungslos der Osthilfe-Segnungen teilhaftig zu werden.

Verdoppelung der Weizenanbaufläche in der Grenzmark: In der Grenzmark Posen-Westpreußen wurden 1928 rund 4500 Hektar, jetzt 10 400 Hektar mit Weizen angebaut. — Eine drastische Folge der künstlichen Hochhaltung der Getreidepreise!

Reichsbank: Die Devisenbestände der Reichsbank haben in der zweiten November-Woche um 9,4 Millionen Mark abgenommen. Eine Abnahme war zu erwarten, da das Reich in dieser Zeit 3 Millionen Dollar auf den Lee Higginson-Kredit zurückzahlen mußte. Nur einem größeren Goldengang aus der Sowjet-Union ist es zu verdanken, daß die Verringerung der Deckungsbestände nicht noch größer ist. — Andere bemerkenswerte Veränderungen weist der Reichsbank-Ausweis in der zweiten November-Woche nicht auf. Wir unterlassen es aus Raummangel, ihn in der üblichen Form abzudrucken.